

Dieses Jahrgang erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis vierteljährlich durch
die Post bezogen 1,20 M.
Eingetragen in die
Postzeitungsliste Nr. 6442.

Der Proletarier

Anzeigenspreis:
50 Pf. für die 3gepalt.
Zeile.
Gesichtsmengen werden
nicht angesetzt.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 25815 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brep.
Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall Hannover.
Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistr. 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

Die Tagung des 12. Gewerkschaftskongresses.

Im festlich geschmückten Saale des Gewerkschaftshauses in Breslau trat am 31. August der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands (2. Bundestag des ADGB) zusammen. Kurz nach 9 Uhr eröffnete der Vorsitzende des Bundesvorstandes, der Genosse Leipart, den Kongress. Von 314 gemeldeten Teilnehmern waren 311 anwesend. Vertreten sind außerdem die Reichs- und Staatsregierung, verschiedene Behörden, der Internationale Gewerkschaftsbund, der Afabund, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, die Gewerkschaftszentralen von Österreich, Ungarn, Schweiz, Schweden, Dänemark, Holland, Polen, Rumänien, Frankreich, Letland, Memelland und der Tschechoslowakei. Außerdem sind anwesend Vertreter der verschiedensten Unternehmungen der Arbeiterbewegung. Als Vorsitzende des Kongresses werden Leipart, Brandes (Metallarbeiter) und Schumann (Transportarbeiter) gewählt. Unsere Organisation ist im Bureau vertreten durch Thiemig als Schriftführer, in der Mandatprüfungskommission durch Schmidt und in der Redaktions-(Antrags-) Kommission durch Prall. Eine organisierte Opposition gab es nicht. Nur einige Mauerblümchen brachten durch ihre Reden den Beweis, daß sie auch aus der gewerkschaftlichen Praxis der letzten sieben Jahre nichts gelernt haben. Einleitend gedenkt der Vorsitzende Leipart der toten Gewerkschaftsführer und Kollegen seit dem Leipziger Kongress. Zum erstenmal tagt der Kongress im Osten in der Geburtsstadt Lassalles und Theodor Yorks. In den Morgenstunden des 31. August hat der Bundesvorstand im Namen des Kongresses einen Kranz niedergelegt. Leipart ergänzt dann den gedruckt vorliegenden Bericht durch mündliche Ausführungen. Unter anderem führte er aus: Es ist Aufgabe des Bundes auf gewerkschaftlichen, sozialpolitischen usw. Gebieten vorwärts zu drängen. Hierin hat der Bundesvorstand getan, was er konnte. Was über seine Macht hinaus geht, darf man von ihm nicht verlangen. Tatsächlich haben wir den Unternehmern schwere Enttäuschungen bereitet, die glauben, die Arbeiterschaft bzw. die Gewerkschaften in ihrer schwersten Zeit billig niederringen zu können. Er erinnert an die intensive Betätigung des Bundes gegen die beliebte Steuer-, Zoll- und Wirtschaftspolitik. Wir haben manches verhindert, wenn auch die Folgen der Politik der Regierung und Mehrheitsparteien noch schlimm genug sind. Die „Ketter des Vaterlandes“ haben erreicht, daß viele Familien nicht mehr kassieren, sich Fleisch, Eier und Butter leisten zu können. Das bedeutet eine Schwächung der Arbeits- und damit der Produktionskraft. Die Gegner der Gewerkschaften säen Wind und können sehr leicht Sturm ernten. Die Regierung hat mehrfach zugunsten der Arbeiterschaft in die Wirtschaftskämpfe eingegriffen. Er erinnert an die Entwicklung des Schlichtungswesens, an die Befestigung der Demobilisierungsverordnung, an die Befestigung des Achtstundentages, an die teilweise Aufhebung der Tarifverträge usw. Gewiß hat der Reichsarbeitsminister versucht, das Beste zu tun. Aber er ist unterlegen, der Einfluß der Unternehmer hat sich immer mehr bemerkbar gemacht. Wir können also behaupten: Die Regierung ist der Arbeiterschaft in ihrer schwersten Zeit in den Rücken gefallen. Er wirft die Frage auf: Wo ist durch die Verlängerung der Arbeitszeit eine Verbilligung eingetreten? Nirgends! Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat weder Mühe noch Kosten gescheut, um die Öffentlichkeit in einseitiger Weise zu beeinflussen. Regierung und Unternehmer Deutschlands haben große Schuld, daß die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens nicht durchgeführt wird. Die Arbeiterschaft wird gar tun, in ihren Kämpfen für den Achtstundentag kräftig vorzuarbeiten. Leider müssen wir auch feststellen, daß manche Betriebsräte die Anträge der Unternehmer an die Gewerbeaufsichtsbehörde auf Verlängerung der Arbeitszeit, Nacharbeit der Frauen, Verkürzung der Pausen usw. unterstützen. Dann kommen natürlich die Vorwürfe gegen die Gewerkschaften. Mobilisierung der Arbeiterschaft, d. h. gründliche Durchorganisation, das ist notwendiger als alle Tage Generalstreik. Es ist nicht Aufgabe der Gewerkschaften, auf den Streik hinzuwirken, sondern den Streik zu vermeiden, der Arbeiterschaft schwere Opfer zu ersparen, wenn wir ohne Streik unseren Zweck erreichen können.

Der Bund hat neben der bestehenden Bauarbeiterprüfungskommission eine Abteilung für Gewerbehygiene geschaffen und eine Zentralkasse zur Verwirklichung der Gemeinwirtschaft. Nachdem Leipart noch zur Mitgliederbewegung und zu den Finanzverhältnissen einige Ausführungen gemacht, schloß die Diskussion ab, die sich — abgesehen von ein paar kommunizistischen Rednern — in sachlichen Bahnen bewegte.

Zu diesem Tagesordnungspunkte wurden mehrere Entschließungen angenommen, von denen wir einige der wichtigsten hier folgen lassen:

1. Lohnfrage.

Die von den deutschen Unternehmerverbänden verfolgte Lohnpolitik führt unabwäsend zu umfangreichen Lohnkämpfen, die

die deutsche Wirtschaft unheilvoll erschüttern. Die Löhne des weitens größten Teiles der deutschen Arbeitnehmer erreichen bei weitem nicht den Realwert der Vorkriegslöhne. Ihre Kaufkraft sinkt immer tiefer mit dem Steigen der Lebenshaltungskosten. Durch die von der Reichstagsmehrheit jetzt beschlossene Zoll- und Steuererhöhung tritt eine weitere allgemeine Preiserhöhung ein, die durch die Erhöhung der Wohnungsmieten noch vergrößert wird. Die hierdurch bedingten Lohnkämpfe müssen in naher Zukunft noch sehr viel umfangreicher und erbitterter werden.

Die Unternehmer versuchen, den von ihnen systematisch durchgeführten Lohndruck als eine sich zwangsläufig aus der deutschen Wirtschaftslage ergebende und für die Arbeitnehmer unabweisliche Konsequenz zu rechtfertigen. Unter dem Vorwand, dem Interesse der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes zu dienen, provozieren die Unternehmer Lohnkämpfe, deren Ziel ist, durch die Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit deutscher Waren auf dem Auslandsmarkt zurückzugewinnen. In Verteidigung ihrer verhängnisvollen Lohnpolitik klagen sie unter Krampfloser Beeinflussung der Regierung und der Öffentlichkeit die Gewer-

Für und gegen.

Die Reichsregierung hat mit Nachdruck ihre Zollvorlage vertreten und verteidigt. Durch die Annahme der Zollvorlage im Reichstag ist die Lenkung aller Bedarfsartikel bereits Tatsache geworden. Jetzt hat die gleiche Reichsregierung eine Preislenkungsaktion eingeleitet. Darüber zu lachen ist niemanden gestattet.

schaften an, in einseitiger Interessensvertretung durch unerfüllbare Lohnforderungen den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu verhindern und das Land einer neuen Inflation entgegenzutreiben.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erklart in den Einwänden der Unternehmer das rücksichtslose Streben, völlig einseitig nur die eigenen Interessen zu vertreten. Er erklart, daß die Fehler und Versäumnisse, die das Unternehmertum während der Inflationszeit begangen hat, nicht ausgeglichen werden können durch einen weiteren Druck auf die lebendige und arbeitsbereite Volkskraft, die in der Arbeiterschaft zur Entfaltung drängt. Unter völliger Würdigung aller auf der deutschen Wirtschaft ruhenden Lasten gibt der Kongress dem festen Willen der Gewerkschaften Ausdruck, der Arbeiterschaft, die in den vergangenen Jahren ungezählte Opfer auf sich genommen hat, eine angemessene Lebenshaltung zu ermöglichen. Wenn die Hebung der Kaufkraft und der Lebenshaltung der breiten Massen ist notwendig und nützlich für die deutsche Wirtschaft und für das gesamte deutsche Volk.

Der Kongress ermächtigt die Arbeiterschaft, den Kampf um einen gerechten Lohn mit Energie und Ausdauer zu führen. Denn dieser Lohnkampf ist zugleich ein Kampf um den Anteil der Arbeiterschaft an allen Kulturgütern des Volkes. Alle Kräfte müssen daher in ihm vereint werden.

2. Arbeitszeit.

Seit dem im November 1918 mit Zustimmung der Arbeitgeber durchgeführten Achtstundentag durch die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1922 der gesetzliche Boden entzogen wurde, tobt ununterbrochen in der deutschen Wirtschaft der Kampf um die Arbeitszeit. Unter Druck des von ihnen unterzeichneten Abkommens vom 15. November 1918 haben nach Aufhebung der Demobilisierungsverordnung die Arbeitgeberverbände fast überall eine rein mechanische Verlängerung der Arbeitszeit betrieben mit dem Vorwand, daß die Mehrarbeit Voraussetzung zur Gesundung der deutschen Wirtschaft sei.

Die Erfahrung hat seitdem gezeigt, daß durch die erzwungene Arbeitszeitverlängerung die Produktivität nicht gesteigert worden ist, weil die Arbeitsintensität nicht steigt mit der verlängerten Arbeitszeit. Das ist durch wissenschaftliche Feststellungen erhärtet, die im Gegenteil nachweisen, daß der günstigste Leistungseffekt bei verkürzter Arbeitszeit, insbesondere auch in konstanten Betrieben durch Einführung des Dreischichtensystems, zu erzielen war.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands steht nach wie vor fest zu dem alten sozialpolitischen Forderung der Arbeiterschaft nach dem Achtstundentag. Die Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden ist die erste Voraussetzung für die Hebung der kulturellen und gesundheitlichen Lage der Arbeiter.

Der Kongress stellt daher mit Befriedigung fest, daß es den Gewerkschaften gelungen ist, für mindestens die Hälfte der deutschen Arbeiterschaft den Achtstundentag zu erhalten oder zurückzugewinnen. Er bekräftigt den entschlossenen Willen der Gewerkschaften, ihn auch in den Betrieben wiederzuerlangen, in denen er zur Zeit noch übergriffen wird. Da auf die Einseitigkeit der Arbeitgeber, deren Forderung nach verlängerter Arbeitszeit nur ihren machtpolitischen Bestrebungen und ihrer Gewerkschaft gegen eine freie Entwicklung der Arbeiterschaft entspricht, nicht zu rechnen ist, fordert der Kongress von der Reichsregierung und dem Reichstag ein beschleunigtes Arbeitszeitgesetz, das die Sicherung des Achtstundentages für die Arbeitnehmer wieder herstellt.

Der Kongress kann leider auf Grund des bisherigen Verhaltens der Regierung von diesem Appell keinen entscheidenden Erfolg erhoffen. Indem der Kongress den Bundesvorstand beauftragt, seine Anstrengungen zur Herbeiführung einer gesetzlichen Festlegung des Achtstundentages, gegebenenfalls unter Anwendung des Volksentscheides zu verstärken, fordert er zugleich die Gewerkschaften und die gesamte Arbeiterschaft auf, in ihrem Kampf um die tarifvertragliche Festlegung des Achtstundentages nicht nachzulassen, sondern ihn ungeschwächt mit allen gewerkschaftlichen Machtmitteln bis zum endgültigen Siege fortzusetzen. Nur eine geschlossene Front der Arbeiterschaft kann den endlichen und beständigen Sieg des Achtstundentages verhängen.

Der Bundesvorstand.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands bekräftigt erneut die Beschlüsse über die Aufgaben der Betriebsräte und ihre Unterstützung durch die Gewerkschaften, die der Gewerkschaftskongress in Leipzig 1922 gefaßt hat. Er stellt mit Befriedigung fest, daß die große Mehrheit der Betriebsräte ihre Tätigkeit im Sinne dieser Beschlüsse ausüben hat. Die Betriebsräte haben sich innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung bewährt. Es ist Pflicht der Gewerkschaften und aller Gewerkschaftsmitglieder, ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben weiterhin alle Hilfe zu gewähren.

Das Mitbestimmungsrecht kann erfolgreich nur von den Gewerkschaften gewahrt werden. Es ist ein wichtiger Teil der Arbeiterrechte und muß tariflich und gesetzlich weiter ausgebaut werden. Die angelegentlichsten Versuche der Unternehmer, die Betriebsräte den Gewerkschaften zu entreißen, durch Verträge mit den Gewerkschaften und Betriebsvereinigungen die Gewerkschaften bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuschließen, sind gegen das Mitbestimmungsrecht gerichtet und müssen nach wie vor von der gesamten Arbeiterschaft abgelehnt werden.

Der Kongress hält mit Entschiedenheit an dem Grundsatze fest, daß als Träger des kollektiven Arbeitsrechts auf der Arbeiterseite allein die Gewerkschaften in Frage kommen. Er erklart, daß jeder Versuch, in dem zukünftigen Tarifvertragsgesetz auch Betriebsvereinbarungen als Tarifverträge anzuerkennen, von den Gewerkschaften aufs äußerste bekämpft und unbedingt abgelehnt werden wird.

Die freien Gewerkschaften im Jahre 1924.

Der Jahresbericht des ADGB über Mitgliederbewegung, Finanzen usw. weist logischerweise dasselbe Bild auf wie die meisten Gewerkschaften, d. h. im Vergleich zu den vorhergehenden Berichtsjahren mit ganz abnormen Erscheinungen einen Rückgang, im Vergleich zu dem letzten Normaljahr 1918 jedoch eine Aufwärtsentwicklung. Tatsächlich besagen die Zahlen der Jahre 1919 bis 1924 dem Uneingeweihten nur Ungünstiges. Wenn jedoch der Wissende den Zahlen Worte leiht, dann zeigt sich tatsächlich schon 1924 eine Gesundung des Gewerkschaftswesens.

Nach dem stürmischen Aufstieg, den die Gewerkschaften von 1919 bis 1922 genommen, trat infolge des Währungsverfalls, der die deutsche Wirtschaft auf das schwerste erschütterte, im Herbst des Jahres 1923 plötzlich ein starker Rückschlag ein. Im vierten Quartal dieses verhängnisvollen Jahres verzeichneten die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde vereinigten Verbände zusammen einen Verlust von 1 297 932 Mitgliedern. Mit diesem Abgang war jedoch die rückläufige Bewegung noch nicht zum Stillstand gekommen. Sie pflanzte sich, zunächst noch in härterem Maße, dann allmählich abflauend, das Jahr 1924 hindurch fort. Die Ursachen dieser Erscheinung sind in den Nachwirkungen der schweren wirtschaftlichen Erschütterung zu suchen, die sich durch Lähmung der Produktion, Einschränkungen der Betriebe, Abbau von Arbeitern und Angefellten in öffentlichen Betrieben und starker Arbeitslosigkeit offenbarten. Zahlenmäßig kommt die Mitgliederbewegung im ADGB im Jahre 1924 durch folgende Zusammenstellung zum Ausdruck.

Es betrug der Mitgliederbestand:

31. Dezember 1923	5 741 127	— 1 297 932 = 18,4 Proz.
30. März 1924	4 797 811	— 948 316 = 16,4 „
30. Juni 1924	4 306 882	— 490 929 = 10,2 „
30. September 1924	4 023 631	— 283 251 = 6,6 „
31. Dezember 1924	3 975 002	— 48 629 = 1,2 „

Das Jahr 1924 schließt mit 3 975 002 Mitgliedern ab. Nach dem starken Verlust im vierten Quartal 1923 ist eine weitere Verminderung des Mitgliederbestandes um 1 766 125 = 30,8 Prozent eingetreten. Damit kann die rückläufige Bewegung als überwunden angesehen werden. Diese Mitgliederzahl ist nunmehr als der gesetzliche Bestzustand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu betrachten, der allen Stürmen getrotzt hat. Auf dieser Grundlage wird sich der Wiederaufbau vollziehen. Die neue Aufwärtsbewegung kündete sich bereits durch eine Zunahme von 210 000 Mitgliedern bis März 1925 an, die durch die Vierteljahrsberichterstattung des ADGB ausgewiesen wird.

Dem ADGB gehörten im Berichtsjahre 41 Verbände an, gegen 44 im Vorjahre. Am Anfang des Jahres schlossen sich die Asphaltarbeiter dem Baugewerksbund, die Kürschner dem Verband der Bekleidungsarbeiter und die Steinseher dem Verband der Steinarbeiter an. Die 41 Verbände hatten zusammen 16 499 Zweigvereine, gegen 25 355 im Jahre 1923. Diese starke Abnahme zeigt, daß viele Zweigvereine, besonders die kleineren, der Inflation durch Auflösung zum Opfer fielen. Im Jahresdurchschnitt zählten die Verbände insgesamt 3 473 619 (5 273 202) männliche, 921 142 (1 526 155) weibliche, 169 404 (263 801) jugendliche, zusammen 4 564 163 (7 063 159) Mitglieder. Die in Klammern gesetzten Zahlen lassen den Rückgang gegen das Vorjahr im Jahresdurchschnitt erkennen: er macht bei der Gesamtzahl 2 498 995 gleich 55,4 Prozent aus. Die Abnahme beträgt bei den männlichen Mitgliedern 34,1, bei den weiblichen 39,6 und bei den jugendlichen Mitgliedern 35,7 Proz. Die weiblichen Mitglieder verminderten sich stärker als die männlichen. Die Zahl der jugendlichen

Mitglieder ist in beiden Berichtsjahren unvollständig. Ihre Abnahme dürfte jedoch dem errechneten Anteil entsprechen. Gegen seinen Hochstand im Jahre 1922 verlor der Verband 3 330 902 Mitglieder, er hat jedoch gegen den Stand in der Vorkriegszeit ein Mehr von 1 000 445 Mitgliedern aufzuweisen.

Der Anteil der weiblichen Mitglieder an der Gesamtzahl ist entsprechend ihrer stärkeren Abnahme von 21,6 auf 20,2 Prozent zurückgegangen. 36 Verbände haben weibliche Mitglieder. Bei 7 überwiegt ihre Zahl die der männlichen Mitglieder. Es sind das die folgenden Verbände: Beschäftigter Arbeiter (58,0), Buchbinder (66,6), Sporfünger (58,7), Graphische Hilfsarbeiter (68,8), Hutarbeiter (68,8), Tabakarbeiter (77,1) und Textilarbeiter (64,6). Die in Klammern gesetzten Zahlen zeigen den Anteil der weiblichen Mitglieder an der Gesamtzahl.

Die Kassenverhältnisse der Verbände haben sich im Berichtsjahr günstiger gestaltet, als nach der Schädigung durch die Inflation zu erwarten war. Die Einnahmen aller Verbände zusammen betragen 97 037 600 Mk. Davon kommen auf Beiträge 87 945 444 Mk. und auf sonstige Einnahmen 9 083 156 Mk.

Gegenüber 1913 ergibt sich folgende Veränderung in den Einnahmen:

	1924	1913
Eintrittsgebühren	306 011	351 945
Verbandsbeiträge	73 473 160	66 295 949
Brüderliche Beiträge	12 470 185	9 776 499
Erfolgsbeiträge	2 011 098	205 072
Zinsen	718 210	2 437 946
Sonstige Einnahmen	8 058 955	8 009 536
	97 037 600	82 176 747

Die Gesamtausgabe im Jahre 1924 betrug 69 071 119 Mark. Davon entfielen auf:

	1924	1913
Unterstützungen	10 344 611	31 225 508
Lohnbewegungen, Streiks	16 885 946	18 006 472
Bildungszwecke, Presse	3 793 758	3 380 020
Agitation usw.	13 078 888	10 225 350
Verwaltung	25 167 916	13 600 958
	69 071 119	75 036 306

Unter den Ausgaben für Bildungszwecke bestanden sich 2 896 086 Mk. für Verbandsorgane. Solche gaben alle Verbände heraus, und zwar erschienen 28 wöchentlich (das Organ der Buchdrucker zweimal wöchentlich), 57 Organe vierzehntäglich, fünf monatlich zweimal und drei wöchentlich einmal. Die Höhe der Gesamtausgabe betrug am Schlusse des Berichtsjahres 4 152 375. Daneben gaben neun Verbände Jugendorgane, meist monatlich einmal, und acht Verbände zusammen vierzehn Zeitschriften bzw. Branchenorgane heraus. Die Verwaltungskosten stehen in einem ungünstigeren Verhältnis zu den Gesamtausgaben, als es in der Vorkriegszeit der Fall war. Diese Erscheinung ist zurückzuführen auf den erheblich erweiterten Aufgabenkreis der Gewerkschaften auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet. Auch fällt hierbei die Verteuerung der Materialien stark ins Gewicht. Es ist deshalb nicht anzunehmen, daß sich diese Kosten in Zukunft mindern werden, jedoch wird ihr Verhältnis zu den Gesamtausgaben sich günstiger gestalten, wenn die Unterstützungsleistungen wieder auf der früheren Höhe stehen.

Das Vermögen der Verbände, das sich im Jahre 1913 auf 88 Millionen Mark belief, ist der Inflation zum Opfer gefallen und muß erst von neuem gebildet werden. Ausgaben über den Stand des Kassenbestandes am Schlusse des Berichtsjahres machten 36 Verbände. Diese verzeichnen zusammen einen Vermögensbestand von 27 080 236 Mk., davon bestanden sich 21 909 235 Mk. in den Hauptkassen.

Wenn in Betracht gezogen wird, wie schwer das gesamte Wirtschaftslieben durch die Währungskaustrophe erschüttert wurde, so erscheint die Finanzgebearbeit der Gewerkschaften nach der Inflation in einem sehr günstigen Licht. Diese schnelle finanzielle Erholung ist ein erneuter Beweis von der Lebenskraft der Gewerkschaften. Sie berechtigt zu der Zuversicht, daß sie in absehbarer Zeit ihre frühere Leistungsfähigkeit zurückgewinnen und dann darüber hinaus streben werden. Der starke Verlust an Mitgliedern wird ausgeglichen werden. Schon heute geht es fortwährend aufwärts, wenn auch nicht im Entsprende. Die Reingewinnener resp. Wiedergewinnener können nunmehr auch geistig in die Gesamtorganisation einbezogen werden, ein Fortschritt, der schwerer wiegt als ein Erfolg ohne inneren Halt. Wir zagen nicht, denn was gehört die Zukunft.

Die Konferenz des Bundes 8 (Thüringen)

Am Sonntag, dem 23. August 1923, im Gewerkschaftshaus zu Erfurt, waren 67 Juchstellersvertreter, 4 Gewerkschaftsmitglieder und ein Vertreter des Hauptverbandes erschienen waren.

Der Vorsitz übernahm der Gewerkschaftsleiter Schneider. Er behandelte insbesondere die Wirtschaftslage, die Lage der Arbeiter, den Aufbau der Organisation und die Forderung der Lohnverbesserungen. Die nach der Diskussion zur Abstimmung gelangte Entschlossenheit, welche die Tätigkeit der Gewerkschaften anerkennt und gutheißt, wurde bei vereinigter Stimmensmehrheit angenommen und dem Reichsverband zur Kenntnis überreicht.

Der Vertreter des Hauptverbandes, Köhler (Hannover), referierte über den gegenwärtigen Stand der finanziellen Verhältnisse der Gewerkschaften. Organisationsmäßige Gesichtspunkte, hauptsächlich die finanzielle Leistungsfähigkeit sei unter allen Umständen zu berücksichtigen. Die mit politischen Interessen verknüpfte Verknüpfung des Hauptverbandes der Gewerkschaften fanden allgemeine Zustimmung. Dem Gewerkschaften wurden hierzu einige von dem Gewerkschaften herausgegebenen Erläuterungen gegeben.

Nach Ende der Verhandlungen über die Verhältnisse, wurde die Konferenz mit dem Bewußtsein, auch weiterhin alles für den Verband einzusetzen, geschlossen.

Die Konferenz des Bundes 14 (Sachsen)

Am Sonntag, dem 23. August 1923, im Gewerkschaftshaus zu Erfurt, waren 67 Juchstellersvertreter, 4 Gewerkschaftsmitglieder und ein Vertreter des Hauptverbandes erschienen waren.

Nachdem der Kollege Knops (Dachau) die Konferenz im Namen der Juchstellers und Gewerkschaften in der Sache im Auftrage des Hauptverbandes begrüßt hatte, erfolgte die Konfirmierung der Konferenz durch die einzelnen Verbände. Die Tagesordnung wurde nach dem ersten Punkt, Bericht vom Jugendrat in Hamburg, verlesen.

Der 1. Punkt der Tagesordnung, Geschäftsbericht der Gewerkschaften, wurde durch den Bericht vom Jugendrat in Hamburg verlesen. Der Bericht erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Juli 1923 bis 30. Juni 1924 und gibt einen Überblick über die Tätigkeit der Gewerkschaften und die Entwicklung der Organisation im Berichtsjahre. Danach waren die Auswirkungen der Inflation sowie der mit Abschlag der Löhne verbundenen Lohnsenkungen, die in den einzelnen Industrien recht verschieden gewesen. Inwieweit es gelungen sei, die Organisation wesentliche Verbesserungen zu leisten. In den einzelnen Industrien und Juchstellers habe die Organisation gute Fortschritte gemacht, mit denen man unter den gegebenen Verhältnissen zufrieden sein könne. Aber nicht nur die Mitgliederbewegung sei vorangeschritten, sondern die Arbeiterbewegung des Verbandes habe sich auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik und deren Höhe in erfreulicher Weise bemerkbar gemacht. Dagegen habe die Abwendung der Arbeitgeber an die Hauptkassen eine gute Entwicklung genommen. Wenn wir auch mit den ersten Erfolgen nicht zufrieden sind, so sind doch erhebliche Fortschritte gemacht, auf denen man weiterarbeiten könne. Leider mußten in einzelnen Juchstellers infolge der Inflation die Angelegenheiten abgehandelt werden.

Nach der Entwicklung der Organisation folgte auch das Vertrauen der Kollegen zu derselben, dies freize sich auf die Juchstellers zu beziehen. Die unter der kommunistischen Führung arbeitenden Juchstellers zu haben hatten. Auch hier machte sich die Gefährdung stark bemerkbar.

Eine Frage.

Wer aus unseren Mitgliederkreisen hat schon etwas gemerkt von den Folgen der Preisfrenkungsaktion der Reichsregierung? Wer eine positive Antwort auf diese Frage geben kann, möge seine Antwort an die Redaktion des „Proletariats“ senden.

In der Entwicklung der Löhne ist man ebenfalls weitergekommen. Es ist gelungen, die in den schlechtesten Zeiten aus angelegenen niedrigen Löhne zu erhöhen. Ein Aufstieg ist also auch hier zu verzeichnen, und wenn wir da noch nicht unter Ziel, die Gleichstellung mit anderen Betrieben Deutschlands, erreicht haben, so liegt die Schuld im wesentlichen mit an den noch vorhandenen Indifferenzen, woraus die Kollegen in den Betrieben die notwendigen Lehren ziehen müssen. Der Bericht gibt zu, daß noch nicht alle der Organisation im Gau geschuldeten Wunden geheilt sind, wenn aber die Inflation sich weiter geht, seien Befürchtungen für die Zukunft nicht vorhanden.

In der dem Bericht folgenden Aussprache kam die Zustimmung der Delegierten mit der Tätigkeit der Gewerkschaften allgemein zum Ausdruck. Man war auch zufrieden mit der Entwicklung der Arbeiterbewegung, die, wenn auch langsam, so doch gesünder wieder aufwärtsstrebe als in der geistigen Inflationsszeit der letzten Jahre. Gegenüber einzelnen vorgebrachten Wünschen sagte die Gewerkschaftsleitung zu.

Im Punkt 3 gibt Hertwig den Bericht vom Verbandsrat in Leipzig. Redner ging auf die einzelnen Punkte der Tagesordnung ein und betonte die Wichtigkeit in der Auffassung der Verbandsorgane. Er ging insbesondere auf die neu eingetretenen Änderungen im Staat ein, wobei er die Änderungen im Unterhaltungsstellen anderer Verbände besonders hervorhob und sie als mit zu den besten von allen Organisationen bezüchtete. Zur Frage der Industriewerkschaften schloß er eingehend den Standpunkt unserer Verbände, der von den Delegierten auch gebilligt wurde.

Hertwig berichtete auch von der in Hamburg abgehaltenen Reichsversammlung und schloß die erfolgreiche Arbeit in der Jugendbewegung. Die Notwendigkeit der Zusammenfassung der Jugendbewegung liegt auch für unsere Organisation vor. Die von Hertwig gegebenen Ratschläge und Fingerzeige wurden von den Delegierten mit Beifall aufgenommen, und es wurde versprochen, in dem angelegten Sinne zu arbeiten.

Im Punkt 4 der Tagesordnung referierte der Kollege Prall über das Thema: „Die Wirtschaftspolitik“. Sein Vortrag wurde mit Beifall angenommen.

Im 5. Punkt der Tagesordnung, Beratung der eingegangenen Anträge, wurde beschlossen, daß sich die Juchstellers mehr als bisher an die Forderung der Arbeiterschaft bekümmern müssen. Angenommen wurden einige Anträge, die sich mit dem besonderen Schutz der jugendlichen Arbeiter innerhalb unserer Organisation befaßten, sowie ein Antrag Reumich, wonach die Branchengliederung innerhalb des Bundes besser ausgebaut werden müsse. Ferner wurde einem Antrage zugestimmt, wonach der Hauptverband die Einrichtung von Ferienheimen für unsere Kollegen in Angriff nehmen soll. In dem Verbandsbericht wurden gewiß die Kollegen Hertwig (Köln) und Knops (Dachau) und in den Einzelheiten die Kollegen Horsting, Storch, Kramer, Steffens, Hardt, Eichmann und Fiedel. Die nächste Konferenz findet in Bendorf statt. In seinem Schlußwort gab Hertwig die Forderung der Tagesordnung heraus, daß die Konferenz ruhig und sachlich freudigende Arbeit geleistet habe. Er forderte die Kollegen auf, auch weiterhin in der kommenden Sommerzeit für die Organisation zu arbeiten, und schloß die Konferenz mit einem herzlich aufgenommenen Hoch auf den Verband.

Logo: Aus der Industrie Chemische Industrie

Gefahren in der Zellulose-Industrie. Am 8. Juli d. J. explodierten in der chemischen Fabrik von Gerhards Sandt & Co. in Berlin-Grün Zellulose-Fabrikanten. Durch die Explosion wurde ein Brand ausgelöst, wobei 2 Personen getötet und 14 verletzt wurden. Die Explosion war so stark, daß fast sämtliche Fenster der in der Nachbarschaft gelegenen Mietshäuser zertrümmert wurden.

wurden. Bei der beobachteten Feuergefährlichkeit des Zellulose, vor allem der Zellulosefabrikanten, muß es als unverständlich bezeichnet werden, daß ein so gefährliches Betriebsmittel von den Fabrikanten nicht entfernt werden dürfte. In der letzten Zeit haben die Viertel (Berlin), wie z. B. am Rasthoferweg, durch die Firma über die Konzeption zur Eröffnung ihres Betriebs nicht erhalten.

Am 11. August erfolgte in der chemischen Fabrik von Borsdorf & Wauerberger in Dohheim bei Wiesbaden, in der Filmstreifen hergestellt werden, eine Explosion, deren Ursache unbekannt ist. Vier Arbeiter wurden dabei, während der Fabrikant Mondorf mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus geschafft wurde, wo er kurz darauf starb. Innerhalb 5 Wochen hat also die deutsche Zelluloseindustrie sieben Menschenleben vernichtet, ungerechnet der Zahl schwerer Verletzungen mit anschließender Lohnempfehlung.

Angesichts dieser Menschenopfer erscheint es angebracht, die Gefahren in der Zelluloseindustrie einmal näher zu beleuchten. Die Unternehmer haben zwar immer wieder bestritten, daß die Herstellung und Verarbeitung von Zellulose besondere Gefahren für die Arbeiter und die Umgebung mit sich bringen. Es sind große Abhandlungen verfaßt worden, die beweisen sollen, daß Zellulose nicht brennbarer ist als andere organische Stoffe, wie Holz und Textilien, und daß vor allem eine Entzündung durch Funken nicht in Frage kommt.

Aber diese Ansichten sind wir jetzt glücklicherweise hinweg, denn es ist hundertfältig erwiesen, daß Zellulose nicht nur sehr schnell und intensiv verbrennt, sondern auch durch Funken, wie sie beispielsweise an der Kreisäge in solchen Betrieben entstehen, entzündet werden kann. Es steht aber auch fest, daß sich Zellulose durch Wärme zerlegen kann, wobei sich brennbare Dämpfe bilden, die sich selbst entzünden können. Bei der Verteilung der Zerlegungsdämpfe im Arbeitsraum kommt es dann zu explosionsartigen Entzündungen der Dämpfe, und die Zellulosebestände werden fast augenblicklich in Brand gesetzt.

Dieser Tatsache Rechnung tragend, sind Vorschriften über die Handhabung mit Zellulose und dessen Aufbewahrung erlassen, die sich auf die Einrichtung der Arbeitsräume erstrecken.

Zellulose besteht aus Nitrozellulose, die mit Kampfer zu plastischer Masse verarbeitet wird. Wenn bei der Herstellung der Nitrozellulose auf genügende Reinlichkeit und Trockenheit gesehen wird, kann eine Zersetzung des Zellulose bei normaler Temperatur nicht eintreten, was aber auch in diesem Falle bei höherer Temperatur möglich ist. Die Arbeiter können nie nachprüfen, ob es sich um gutes oder minderwertiges Zellulose handelt, so daß sie der Gefahr durch Zersetzung mit nachfolgender Explosion auch nicht aus dem Wege gehen können. Da die Gefahren der Zersetzung am besten beseitigt werden können, wenn das Rohzellulose wiederholt und bei längerer Dauer auf 80—100 Grad erhitzt wird, müßten Vorschriften erlassen werden, daß nur auf diese Weise behandeltes Zellulose in den Handel gebracht werden darf. Es sind aber auch Verfahren im Gebrauch, wonach zur Stabilisierung der Nitrozellulose die Wasserabdrängung durch Alkohol vorgenommen wird. In einer ausländischen Fabrik war dieses Verfahren eingeführt. Durch Unachtsamkeit wurde eines der Alkoholreservoirs zum Überlaufen gebracht, der Spirit tropfte auf den funktionierenden Motor, wodurch der Alkohol entzündet wurde und das ganze Fabrikgebäude in Flammen setzte.

In einer Fabrik in Deutschland, in der die Zellulose getrocknet wurde, füllten zwei Arbeiter eine Knetmaschine mit trockener Nitrozellulose, ohne vorher Alkohol oder Kampfer einzuführen. Um die Nitrozellulose in die Maschine fließen zu lassen, ließ man sie anlaufen. Plötzlich schlug eine Stichflamme auf und verletzte die Arbeiter. Der Brand konnte schnell gelöscht werden. Trotzdem hier eine Unachtsamkeit der Arbeiter vorlag, indem man die Maschine bei unvollständiger Mischung anlaufen ließ, ist der Fall geeignet, die große Gefahr in Zellulosefabriken aufzuzeigen.

Wie leicht Zellulosebrände entstehen und wie schwer deren Ursachen manchmal festzustellen sind, beweist folgender Fall. In einer Fabrik wurden getrocknete Zellulosekuchen in einem besonderen Raum von Arbeiterinnen in kleine Stücke zerbrochen. In einem heißen Sonntagnachmittag gegen 1 Uhr sah der kontrollierende Wächter aus diesem Raum nachherauskommen. Durch schnelles Eingreifen mit einer Schlangleitung gelang es ihm, den Brand zu ersticken. Es zeigte sich, daß ein Tisch, auf den die Nitrozellulosekuchen gelegt wurden, sowie eine leere Kiste an mehreren Stellen angebrannt waren. Die Ursache des Brandes blieb rätselhaft.

Fast zwei Jahre später, zur selben Stunde an genau derselben Stelle brach wieder ein Feuer aus, das die dort liegenden Nitrozellulosebestände ergriff, auf den Nachbarräumen übersprang und diesen zerstörte. Immerhin konnte der Brand durch die Verlesungsanlage schnell gelöscht werden. Eine genaue Untersuchung ergab, daß in einer Fensterleiste eine Blase vorhanden war, die als Linse wirkte und die konzentrierten Sonnenstrahlen auf den Arbeitstisch leitete, wodurch die Zellulose zersetzt wurde und in Brand geriet.

Solche und ähnliche Fälle lassen sich beliebig vermehren. Aus alledem ergibt sich, daß Zellulosefabriken nicht in bewohnten Häusern untergebracht oder angrenzend werden dürfen und daß bei größtmöglicher Vorsicht der Fabrikleitung und der Arbeiterschaft die Durchführung der Schutzvorschriften unter strenger Kontrolle zu stellen ist, andernfalls Leben und Gesundheit der Arbeiter dauernd gefährdet werden.

Natur- und Kunstseide-Produktion. Im Jahre 1924 wurde doppelt soviel Kunstseide wie Naturseide produziert. Was das bedeutet, geht daraus hervor, daß vor zwölf Jahren die gesamte Kunstseideproduktion der Welt nicht ganz 10 000 Tonnen betrug. Ende 1924 gab es dagegen in 16 verschiedenen Ländern 85 Fabriken. Mengenmäßig beherrschten die Vereinigten Staaten mit einer Erzeugung von rund 22 000 Tonnen fast 75 Proz.

Ist die Frage der Organisationsform. Die Landesorganisation hat den Grundsatz aufgestellt: In einem Ort für eine Industrie in einem Betrieb eine Organisation. Da Industrie und Betrieb meistens zusammenfallen, bedeutet es also Industrieorganisation. Die Umstellung sollte am 1. Januar 1925 vollzogen sein. Die Holzarbeiter, die bis 1923 in einer Organisation waren, haben sich getrennt in einen Verband der Bautischler und in einen solchen der Möbeltischler. Dazu gibt es einen Verband der Sägewerksarbeiter. Die Trennung ist auch nicht nur, als Ergebnis einer Verstimmung für kurze Zeit zu bewerten, denn im November des Vorjahres erfolgte die Vermögensauseinandersetzung. Die Gießereiarbeiter haben im Vorjahre ein Aufgehen im Metallarbeiterverband abgelehnt; ebensowenig wollen die Blech- und Dachrinnenarbeiter im Metallarbeiterverband aufgehen. Heizer- und Maschinistenverband und der Verband elektrischer Arbeiter führen ein Eigendasein und wollen es nicht aufgeben. Neben dem Landarbeiterverband gibt es einen Verband der Wald- und Flößereiarbeiter. Für den Straßen- und Wegebau ist eine besondere Organisation vorhanden. Während unser Bruderverband früher auch die Papierarbeiter umfaßte, hat er heute nur noch zwei Abteilungen mit Papierarbeitern; die übrigen sind im Verbande der Papierarbeiter. Für solche Stärkung durch Umorganisation haben unsere Kollegen keinen Sinn; auch jene nicht, die den Grundsatz der Industrieorganisation anerkennen. Sie resolutierten: Die Angelegenheit bedarf noch eingehender Aufklärung und Prüfung in den Mitgliederkreisen.

Die Lohnpolitik und die Taktik der letzten Jahre spielten bei der Berichterstattung einen umstrittenen Punkt. Das um so mehr, da manche Gruppen bei den Lohnverhandlungen und Lohnkämpfen etwas zurückstehen mußten, wenn umfangreiche Aussperrungen vermieden werden sollten. Es war ein beliebter taktischer Zug des schwedischen Unternehmertums, die Gesamtaussperrung anzudrohen, um entbrannte Kämpfe von vornherein abzubiegen oder zur Beendigung zu bringen. Die Geschichte unseres Bruderverbandes zeigt, daß es bei solchen Drohungen nicht verblieb. Trotz der Drohungen ging die Verbandsleitung an die Grenze des Möglichen. Nach dem Kassenabschluß für 1923 sind ausgegeben für Unterstützung von Streiks, Aussperrungen und Maßregelungen 399 865 Kronen. Der Revisionsbericht per 31. Dezember 1924 zeigt eine Ausgabe für gleiche Zwecke in Höhe von 295 076 Kronen. Das sind bei einer Mitgliederzahl von 39 317 beachtenswerte Leistungen. Natürlich klang in die Kritik auch ein kommunistischer Ton, jedoch vereinzelter und maßvoller als 1920 und ohne das Echo starken Beifalls auszulösen. Aus dem Vermögensausweis per 25. Februar 1925 ergibt sich, daß die Einlagen in Banken sich auf 1 399 480 Kronen beziffern; in der Arbeitslosenkasse sind 391 380 Kronen.

Als der Unterzeichnete zur Abreise sich anschickte, um rechtzeitig zur Bundesausschusssitzung in Breslau zu sein, war die Diskussion über die Organisationsfrage noch nicht abgeschlossen. Es standen noch aus: Statutenberatung, Arbeitslosenkasse, Abteilungsfragen, Bildungsarbeit und anderes mehr. Da mußte in den letzten beiden Tagen noch fleißig gearbeitet werden, um die Tagesordnung zu erledigen. Wir zweifeln nicht, daß das gut gelungen ist.

August Brey.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die Einheitsfrontschwinder.

So wenig die Kasse des Anstalts läßt, so wenig kann die KPD das Schwindeln lassen. Seit geraumer Zeit versuchen die kommunistischen Splittierungsorganisationen wieder Anschluß bei ihren früheren Verbänden zu finden. Begleitet wird dieses schändliche Streben nach der berühmten Einheitsfront von den heftigsten Rattenfängerchalmereien der kommunistischen Presse. Daß bei Wiederaufnahme der früheren Zellenbauer und Organisationsleiter noch die größte Vorsicht nötig ist, um die Gewerkschaften nicht erneut zum Sammelplatz für politische Scharlatane werden zu lassen, beweist folgendes Schreiben:

Kommunistische Partei Dortmund, den 27. Mai 1925.
Kreisleiter Dortmund
Abtlg. Gewerkschaft.

An die Ortsgruppen- und Zellenleiter.
W. G.

Wir haben noch eine ganze Anzahl Genossen im Fabrikarbeiter-Verband organisiert. Es ist uns aber bisher nicht möglich gewesen, dieselben zu einer Fraktion zusammenzufassen, trotz wiederholten Versuchens. So war auch zu verzeichnen, daß von unserer Seite absolut keine Vorschläge zu dem Verbandstage des Fabrikarbeiters am 10. 5. 25 erfolgten. Das ist zweifellos eine Nachlässigkeit, die keineswegs entschuldigend werden kann. Unsere Genossen sind nun einmal auf Grund ihrer Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei verpflichtet, in den Gewerkschaften kommunistische Gewerkschaftsarbeit zu leisten. In vielen Orten sind Mitglieder des Fabrikarbeiter-Verbandes, soweit es sich um Kommunisten handelt, aus dem Verbandsangehörigen worden. Aufgabe der Genossen hier am Orte muß es gleichfalls sein, gegen das Anschließen aus dem Verbandsangehörigen zu wirken und für die Wiederaufnahme der Angehörigen einzutreten. Der Kampf gegen die Gewerkschaftsbureaucratie muß nun einmal mit aller Energie geführt werden. Der Ortsgruppen- und Zellenleiter ihre Aufgabe besteht nun darin, daß sie erstens in den Zellen die Frage des Fabrikarbeiterverbandes aufwerfen und diskutieren. Zweitens nun sofort die Genossen aufsuchen, die noch im Verband organisiert sind und ihnen die Notwendigkeit der Fraktionsbildung klarstellen.

zu machen. Nur dann ist es möglich, wieder zur Fraktionsarbeit zu kommen.

Mit komm. Gruß!

V. B. L. Gewerkschaft.

Kommunistische Gewerkschaftsarbeit, heißt richtig überlegen, kommunistische Parteiarbeit. Jedenfalls zeigt das Schreiben, daß bei Wiederaufnahme angefallener oder ausgesperrter Mitglieder unseres Verbandes, die im Sinne der kommunistischen Partei organisationszerstörende Arbeit geleistet haben, nicht einheitlich oder summarisch verfahren werden kann. Nicht jedes neugewonnene Mitglied dieser Art ist ein Gewinn für den Verband. Also keine Aberholung. Wir wollen die hinter uns liegenden Skandale nicht in neuer Auflage.

Frauenfragen.

Die Frauen in den freien Gewerkschaften.

Die Frauen in den freien Gewerkschaften Ende 1923 1 201 390, dagegen am Schluss des Jahres 1924 763 405. Der Rückgang der Zahl der weiblichen Mitglieder ist prozentual also höher als der der männlichen; er beträgt 37 Prozent. Seit einigen Jahren werden in den Nachweisen über die Mitgliederzahlen auch die Zahlen über die jugendlichen Mitglieder geführt, aber leider nicht getrennt nach männlichen und weiblichen Mitgliedern, so daß die Statistik kein einwandfreies Bild mehr über die Zahlen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen gibt. Wenn freilich auch anzunehmen ist, daß der größte Teil der jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder männliche Lehrlinge und junge Burschen sind, so sind doch sicher in einer Reihe von Verbänden auch zahlreiche weibliche Jugendliche organisiert, wie z. B. im Metallarbeiterverband, der 59 959 weibliche Mitglieder, aber 70 001 jugendliche Mitglieder angibt, und im Holzarbeiterverband, der 25 223 Arbeiterinnen und 16 504 Jugendliche zu seinen Mitgliedern zählt.

Über die Verteilung der weiblichen Mitglieder auf die einzelnen Verbände und über die seit Ende 1923 bis zum Schluss des Jahres eingetretenen Veränderungen gibt die nachstehende Tabelle Auskunft. Zu berücksichtigen ist dabei, daß der Verband der Rüstschneidern sich inzwischen dem Deutschen Bekleidungsverband angeschlossen hat und daß ein Vergleich mit den Mitgliederzahlen des Verbandes der Film- und Kinoangestellten aus dem Jahre 1923 nicht möglich ist, weil damals keine Ziffern genannt worden sind. Es hatten weibliche Mitglieder:

Verband der	Zahl der weiblichen Mitglieder am 31. Dez. 1924	Seit dem 31. Dezember 1923	
		Zunahme	Abnahme
Bäcker	26 088	947	—
Baugewerksbund	485	—	709
Bekleidungsarbeiter	47 306	—	23 629
Bergarbeiter	340	—	632
Böttcher	165	8	—
Buchbinder	36 443	—	3 057
Chorsänger	1 945	—	268
Eisenbahner	1 390	—	1 321
Fabrikarbeiter	83 078	—	55 253
Film- und Kinoangestellte	615	—	—
Fleischer	1 653	46	—
Frisseure	452	—	322
Gärtner	1 189	—	1 659
Gemeindearbeiter	28 300	—	10 083
Glasarbeiter	9 122	5 913	—
Graphische Hilfsarbeiter	22 239	523	—
Holzarbeiter	25 223	—	13 332
Hofangestellte	5 936	—	10 274
Kaufleute	12 198	—	5 320
Landarbeiter	40 415	15 692	—
Lebensmittelarbeiter	4 206	—	511
Lehrerarbeiten	8 210	—	1 984
Lithographen	27	—	97
Maler	198	—	216
Maschinisten	66	—	109
Metallarbeiter	59 959	—	76 376
Müller	591	—	90
Porzellanarbeiter	21 055	—	12 268
Sattler und Portseutler	5 504	—	2 068
Schuhmacher	37 275	—	6 632
Schweizer	200	20	—
Steinarbeiter	400	—	115
Tabakarbeiter	50 762	—	13 877
Textilarbeiter	204 260	—	201 781
Verkehrsband	26 070	—	17 788
	763 405	21 149	459 749

Von den 35 Verbänden haben nur 7 über eine Zunahme der Zahl der weiblichen Mitglieder zu berichten, alle übrigen haben Verluste aufzuweisen.

Genossenschaftsbewegung.

Die Preispolitik der Kohle.

Wie hart die Verbände der Produzenten und der Händler heute Preise gemacht werden, darüber veröffentlicht die Konsumgenossenschaftliche Rundschau, Nr. 34, vom 22. August einen neuen sehr bezeichnenden Fall, der diesmal den größten Konsumverein in Schleswig-Holstein betrifft, der sich gegen die Bestimmung eines Kohlenpreiskontrollrates und gegen das diskretionäre Vorgehen des dortigen Verbandes der Kohlenhändler wehrt.

Der in Frage kommende Konsumverein hat bis Juni 1925 für Braunkohlenkohle 1,35 Mk. je Zentner ab Platz genommen. Da die Kohle inzwischen ganz wesentlich gestiegen ist, mußte der Preis von Anfang Juli an auf 1,45 Mk. je Zentner ab Platz festgelegt werden. Der Landesverband der Kohlenhändler verlangt jetzt aber, daß für Braunkohlenkohle 1,70 Mk. je Zentner ab Platz genommen wird. Der Konsumverein weigert sich natürlich, diese Preise zu nehmen, was aber gewärtigt sein, daß über ihn die Sperre verhängt wird. Der Konsumverein schreibt, daß der Preis von 1,70 Mark für den Zentner Braunkohlenkohle so hoch sei, daß heute englische Kohle am Platze unter diesem Preis verkauft werde. Dabei muß beachtet werden, daß Braunkohlenkohle nur einen Heizwert von 900 Kalorien aufweist, während die englische Kohle einen Durchschnittswert von 6500 Kalorien haben. Die Interessen des deutschen Volkes werden durch diese Sperrpolitik mit ihren Händlerinteressen einfach mit Füßen getreten. Wir brauchen natürlich Arbeit für deutsche Arbeiter und haben es nicht nötig, daß unsere Handelsbilanz noch verschlechtert wird dadurch, daß englische Kohlen in großem Maße eingeführt werden. Wenn aber das Syndikat in seinem Bestreben fortfährt, dann wird natürlich der Verkauf von Kohlen an den Küstenplätzen zurückgehen, besonders dann, wenn die Bevölkerung darauf angewiesen gemacht wird, daß sie einen viel zu hohen Preis für Kohle zahlt.

Der in Frage kommende Konsumverein hatte vor kurzem eine Sitzung mit dem Vorstand des Landesverbandes der Kohlenhändler, in der die ganzen Maßnahmen in erster Linie damit begründet wurden, daß es Aufgabe Deutschlands sei, den Mittelstand zu erhalten. Nach der Beobachtung des Konsumvereins muß der Antrag der einzelnen Kohlenhändler ein sehr geringer sein, was jedoch Grund genug ist, daß im verschlossenen Bunde infolge der warmen Witterung noch große Bestände bei den Konsumenten vor-

handen sind. Dieser geringe Umsatz ist nun dadurch zum Ausgleich gebracht worden, daß die Preise entsprechend höher und der Handel eine ganz enorme Verdienstsperre hat. Der Konsumverein erklärt, daß er schärfst keinen Fall der Preispolitik fügen wird, und falls das Syndikat die Sperre beschließt, würde er dafür Sorge tragen, daß seine Mitglieder an Stelle der deutschen Braunkohle englische Kohle verwenden, denn es besteht für ihn gar keine Veranlassung, seinen Mitgliedern, so hohe Preise abzunehmen. Die genannten Bestimmungen sollen in Schleswig-Holstein dazu führen, daß der Händler die Gewinn gegeben wird, der weit über das erforderliche Maß hinausgeht.

Von dieser Mitteilung ist dem Reichkanzler und dem Reichswirtschaftsminister Kenntnis gegeben und beauftragt worden, für sofortige Aufhebung der verheerenden Bestimmung des Syndikatsvertrags Sorge zu tragen.

Jugendbewegung.

Der Gesundheitszustand der Arbeiterjugend.

Der Stadtarzt Dr. Jaenicke hat vor einigen Jahren in Apollo Schullern untersucht und über das Ergebnis dieser Untersuchung in der öffentlichen Gesundheitspflege berichtet. Jetzt hat er an den letzten Jahrgängen entsprechenden Jugendlichen von 14 bis 17 Jahren Untersuchungen vorgenommen und dabei seinem Berichte in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege zufolge gefunden, daß der in der körperlichen Entwicklung durch die Kriegsjahre hervorgerufene körperliche Nachteil noch nicht völlig aufgehoben ist. Im übrigen zeigen die Tabellen Jaenicke's, daß bei der Berufswahl schon von vornherein, der Körperbeschaffenheit entsprechend, die Art Auslese stattfindet. So waren die kräftigsten Jugendlichen bei den Metallarbeitern und den Bauhandwerkern, während die Testarbeiter die weniger kräftige Jugend stellten.

Berichte aus den Zahlstellen.

Wiesdorf. Der geplagte Geldbeutel der Salon-Kommunisten. Die letzten Persönlichkeiten der KPD, Wiesdorfs standen immer an der Spitze, wenn es galt, die Gewerkschaftsführer zu beschmutzen. Sie trieben diesen Sport so stark, daß mehr als einer auf den Gedanken kam, hier muß etwas nicht stimmen. Der aufmerksame Beobachter konnte auch merken, daß manche, die sich in Rippeleien ganz besonders hervortaten, immer tip-top in Klaff waren und auch sonst kein übles Leben führten. Und so ging ein Gerüchte durch die Arbeiterkreise: Wo mögen sie nur das Geld dazu herhaben, ihr Väterkudeln organisiert KPD-Männer kann diese Mittel unmöglich aufbringen. Je lauter dieses Geflüster aber wurde, desto lauter schrien die Beagmühten: Die Gewerkschaftsführer stecken mit den Kapitalisten unter einer Decke, die Wozzen verraten und verkaufen die Arbeiter an die Farbwerksgewaltigen. Es glaube ihnen zuletzt doch keiner mehr, und als der glorreiche Industrieverband an seiner Unwahrscheinlichkeit zugrunde gegangen war, lobten sich die Arbeiter diejenigen, die da am lautesten schrien, etwas genauer an. Jetzt kommt die Kunde, daß die wahren Arbeiterverräter enlarvt sind, nämlich jene, die die Interessen der Arbeiter an das Auslandskapital verkauft haben. Am schwarzen Brett in den Farbenfabriken in Leverkusen prangt folgender Anschlag:

Hohe Belohnung!

Verrat von Fabrik-Geheimnissen an das Ausland.

Am 24. d. M. wurden im Besitze des Vorsitzenden der KPD-Ortsgruppe Wiesdorf,

Albert Knöpfle,

und im Parteibüreau der KPD, zu Wiesdorf, Siebelsplatz, Aufzeichnungen über Fabrikationsverfahren der Farbenfabriken gefunden, die zum Verrat an das Ausland bestimmt waren.

Wir stehen unter Ausschluß des Rechtsweges hohe Belohnungen zu für Angaben, die zum Beweise geeignet sind, daß ein Knöpfle oder andere Personen Mitteilungen über Fabrikationsverfahren und Betriebsrichtungen der Farbenfabriken gemacht worden sind. Hierunter fallen auch Angaben darüber, ob Albert Knöpfle oder andere Personen jetzt oder früher versucht haben, solche Mitteilungen durch Ausfragen zu erlangen.

Mündliche und schriftliche Angaben nehmen der Sicherheitsdienst der Farbenfabriken und die Kriminalpolizei zu Wiesdorf entgegen.

Werkangehörige, helft die Verräter entlarven, welche die Früchte deutscher Arbeitstehlen und Euch dadurch brotlos machen!

Leverkusen, den 26. August 1925.

Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co.

Der hier genannte Knöpfle ist derselbe, der noch vor ganz kurzer Zeit an die ehemaligen Mitglieder des Industrieverbandes die Auforderung richtete, wieder eine „Opposition“ im Verbands zu bilden, damit er selbst desto besser im frischen Fischen konnte, wenn er den Arbeitern etwas roten revolutionären Dunst vormachte. Das sind die berühmten „Manspö“ neuester, Zafisk; sie wollen „entlarven“ und sie selbst sind die größten Dunkelkammer, die jemals in der Arbeiterbewegung sich breitgemacht haben. Eine große Anzahl von leichtgläubigen, in puncto non olet (Geld stinkt nicht) befangenen Arbeitern und Beamten sind durch diese Schmeichelei ins Unglück geraten. Wir haben oft genug betont: Arbeiter, seht den Verrätern nicht zu viel an's Maul, seht ihnen mehr auf die Finger! Das ist abermals eine bittere Lehre für die Wiesdorfer Arbeiterkass.

Verbandsnachrichten.

Ausschluß. Der frühere 2. Bevollmächtigte der Zahlstelle Stuttgart, Karl Schill, wurde auf Grund des § 14 Abs. 3a aus dem Verbands ausgeschlossen.

„Die Organisationsfrage“

Referat des Kollegen Brey auf dem Leipziger Verbandstage, ist den Zahlstellen bereits in einer ihrem Funktionärskörper entsprechenden Zahl zugegangen. Soweit noch Bedarf für weitere Exemplare besteht, können diese beim Hauptvorstand nachgefordert werden. In dem Referat ist der Standpunkt unseres Verbandes zur Frage der Organisationsform in kritischer Weise dargelegt. Der Leipziger Verbandstag hat sich einmütig und debattelos hinter die Ausführungen Brey's gestellt und deren Herausgabe als Broschüre beschlossen. Die Kenntnis des Inhalts dieser Broschüre ist für jedes Mitglied wichtig.

Literarisches.

Paul Kampffmeyer: Deutsches Staatsleben vor 1789 (Berlin 1925, J. S. W. Dieck Nachf.) Ganzleinen 5,50 Mk. Der moderne deutsche Staat, der die mittelalterliche Kirchengewalt niedergeworfen, das lebende Heer und gelblichgelbes Beamtentum geschaffen hat, entspringt aus der großen sozialen und politischen Revolution des 16. Jahrhunderts, die von deutschen Geschichtsschreibern durchweg die „Reformation“ genannt wird. Den Wertprozess dieses Staates erlebte der Leser des Kampffmeyer'schen Werkes aus zeitgenössischen Schilderungen. Das Kolort und der Stil der absolutistischen Zeit erschließen sich dem Leser aus vielen biographischen Dokumenten dieser Periode. Ein wirkliches Einleben in dieses Zeitalter wird durch ein reiches zeitgeschichtliches Silbermaterial gefördert. Das Kampffmeyer'sche Buch will dem Lehrer zur Hand geben, der den Schülern bestimmte staatsliche und volkswirtschaftliche Grundbegriffe beibringen will. Das Buch verdenkt sich nach Möglichkeit alle Fremdwörter und ist so vollständig geschrieben, daß es von jedem Leser verstanden wird.